

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingeladn 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 178

Mittwoch, 3. August

1921

Der Oberste Rat.

Die Tagung am 8. August.

Paris, 1. August. Die Einladungen zur Sitzung des Obersten Rates am 8. August werden heute an die beteiligten Mächte abgefaßt werden.

London, 1. August. Die Reuter meldet, hat Briand heute vormittag den Vorschlag, die Tagung des Obersten Rates am 8. August in Paris stattfinden zu lassen, zustimmend beantwortet. Lloyd George, Lord Curzon und andere Regierungsmitglieder werden am Sonntag abreisen. Es herrscht hier die Meinung, daß die Tagung nur wenige Tage dauern werde, da die britischen Minister in London Dringendes zu erledigen haben. Der italienische Ministerpräsident und Minister des Äußeren werden ebenfalls in Paris eintreffen.

London, 1. August. (Reuter.) Im Unterhause erklärte Lloyd George auf eine Anfrage: Die britische Regierung sei im Verlaufe der jüngsten Auseinandersetzungen mit Frankreich lediglich von dem Wunsche geleitet gewesen, eine gerechte Lösung der oberschlesischen Frage gemäß dem Abstimmungsresultat und den Bestimmungen des Friedensvertrages zu sichern. In Beantwortung von Zwischenfragen sagte Lloyd George, es sei die Aufgabe der britischen Regierung, darüber zu wachen, daß Polen und Deutschen in gleicher Weise völlig rechtmäßige Behandlung zu teil werde. Er glaube, daß das Verfahren gegen die Kriegsverursachenden auf der Tagung des Obersten Rates Gegenstand der Erörterung sein werde.

Die Prüfung der oberschlesischen Frage.

Paris, 2. August. Briand hat die Einladungen an die verschiedenen Mächte, die im Obersten Rate vertreten sind, zu dessen Sitzung am 8. d. M. noch nicht abgefaßt. Er wartet noch die Festsetzung der Tagesordnung ab, um zu wissen, welche Mächte zu dieser Beratung mit den vier Großmächten zu berufen sind. Inzwischen legt die internationalisierte Sachverständigenkommission die Prüfung der oberschlesischen Frage im geheimen fort. Sie dürfte nachher die verschiedenen Teilungspläne, nämlich die von Percival, de Marini, Lerond, Poretsky und Graf Szorgo prüfen. Die italienischen Vertreter haben bezüglich des letzten Planes wissen lassen, daß er eine sehr ernste

Grundlage für die Debatte abgeben könne, ohne jedoch die italienische Delegation zu binden. Die französischen Vertreter haben ihren Standpunkt noch nicht bekanntgegeben.

Das Schicksal des Kabinetts Wirth Deutschlands Schicksal.

Hamburg, 2. August. Die „Neue Hamburger Zeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift von führender parlamentarischer Seite, worin zur Frage des Rücktritts des Kabinetts Wirth Stellung genommen wird. Unter Berufung auf die bekannten Äußerungen des Reichsanwalters und des Reichsjustizministers stellt die Zuschrift fest, daß sich das Ministerium vollständig klar über die Notwendigkeit seines Rücktritts sei, falls es in der oberschlesischen Frage und in der Frage der Sanktionen keinen Erfolg erzielt. Es wird hinzugefügt, das Parlament teile in seiner übergroßen Mehrheit den Standpunkt der Regierung und werde nichts tun, um die Konsequenzen hinauszuhalten, welche die Regierung selbst zu ziehen entschlossen sei. Wörtlich heißt es dann: Von der Entscheidung über Oberschlesien und die Sanktionen hängt also das Schicksal des Kabinetts Wirth, das Schicksal Deutschlands und darüber hinaus eines großen Teiles der Welt ab. Diese Entscheidung würde aber eine vernichtende Wirkung nicht nur ausüben, wenn sie zu unangenehm Deutschland und der Gerechtigkeitserregung, sondern auch, wenn sie ganz oder aber zu einem wesentlichen Teile hinausgeschoben würde. Eine weitere Verschleppung sei durch Verschleppung der Konferenz, sei es auch durch internationale Verwaltung des Industriegebietes unter Aufsicht der endgültigen Teilung, wäre ebenso unerträglich wie eine positive ungünstige Entscheidung.

Der Einzug des Königs der Hellenen in Göttingen.

Paris, 1. August. Wie haben aus Athen meldet, ist König Konstantin in Begleitung des Premierministers Sunaris feierlich in Göttingen eingezogen.

Bildung eines polnischen Volksrates für Oberschlesien.

Deutzen, 1. August. Nach dem Beschlusse des deutschen Ausschusses für Oberschlesien wurde, wie polnische Blätter melden, ein polnischer oberster Volksrat für Oberschlesien ins Leben gerufen, zu dem Vertreter der polnischen Parteien und Gewerkschaften gehören. Der Volksrat hat seinen Sitz im Hotel Lomsky in Deutzen. Seine wichtigste Aufgabe nennt er den Schutz der Interessen der polnischen Bevölkerung und deren Vertretung bei der internationalen Kommission.

Der englisch-französische Kompromiß.

Berlin, 2. August. Die Londoner Blätter nehmen alle in Leitartikeln zu dem in der oberschlesischen Frage zwischen England und Frankreich erzielten Kompromiß Stellung. „Daily Chronicle“ begrüßt das erzielte Einvernehmen, schreibt jedoch: „Wir wünschen auf jeden Fall, daß die „Londoner Sanktionen“ aufgehoben werden, denn wenn dies nicht bald geschieht, könnte ihre Beibehaltung trotz der Erfüllung unserer Forderungen durch die Regierung Wirth die Stellung dieser Regierung unhaltbar machen. Ein solches Ergebnis müssen wir vermeiden, solange wir es können.“ „Daily Telegraph“ findet die Erklärung Lloyd Georges mit Bezug auf das in Aussicht stehende Übereinkommen mit Frankreich keineswegs „allzu zuverlässig“. Das Blatt schreibt: „Das oberschlesische Problem ist noch ungeklärt. Die Aufgabe einer Lösung kann jedoch erst in Angriff genommen werden in einer Atmosphäre, die von dem Druck, den das diplomatische Barometer der letzten zwei Wochen verzeichnet hat, befreit ist.“ Das Blatt erklärt

zum Schluß, Lloyd George habe bei der Befolgung der Politik, für die er im Rate des Verbandes eintrete, die gesamte britische Nation hinter sich, und Angriffe gegen Lloyd George seien tatsächlich Angriffe auf die Struktur des französisch-britischen Einvernehmens. „Morning Post“ und auch „Times“ heben die Worte Lloyd Georges hervor, daß die größeren Opfer Frankreich diesem Lande einen besonderen Anspruch auf Berücksichtigung geben.

Wien, 2. August. Die französischen Blätter haben nun sämtlich bis in die Reihe der linksstehenden Zeitungen hinein in fetten Überschriften ihren Lesern mitgeteilt, daß England sich dem französischen Standpunkt angeschlossen habe, daß die Einigung eine vollkommene sei und nur etwa die „Humanität“ lag in der Titelseite: „Kein Kompromiß“. Im übrigen sind die Blätter größtenteils der Ansicht, daß man die meisten Fragen, die außer der oberschlesischen auf die Tagesordnung des Obersten Rates gesetzt werden würden, abermals verschoben werde, und zwar sowohl die Angelegenheit der Sanktionen wie die Orientfrage. In der oberschlesischen Frage spukt noch immer der Plan, aus Oberschlesien ein zweites Saargebiet für 15 oder 20 Jahre zu machen, obwohl die Blätter, natürlich nicht in Deutschland, sondern in polnischem Interesse mit Recht der Ansicht sind, daß diese „Lösung“ die Sache nur noch mehr vermirren würde. Der „Bon Soir“ bemerkt, mit dem Frieden innerhalb der Verbündeten gehe es wie mit einem Kranken, der aus jeder Krankheit immer gesünder hervorgehe, bis er schließlich daran sterbe. Größer behandelt die Frage der „Progrès de Lyon“, der rund herum erklärt, das oberschlesische Problem sei durchaus dazu angetan, noch einmal die Festigkeit des Friedens in Frage zu stellen.

Gebt für das Oberschlesierhilfswerk!

Richtlinien für die Festsetzung von Pachtpreisen nach der Pachtschutzordnung.

Von Regierungsrat Dr. Etienne-Blauen i. B.

(Schluß)

Die Stellung des Verpächters erschöpft sich indes nicht allein in der eines Rentengläubigers. Er ist vielmehr auch noch Eigentümer geblieben und hat alle die Aufgaben behalten, die dem Eigentümer in Ausübung seines Grundstückes oder seines Gutes zufallen. Er muß es in seinem Bestande erhalten. Der Erhaltung des Gutes dienen die Bonaufwendungen; im weiteren Sinne aber auch die öffentlichen Abgaben (Grundbesitzsteuer, Grundsteuer und dergleichen). Jeder rationell wirtschaftende Eigentümer wird an dem Grundbesitz festhalten müssen, daß sich das Gut aus sich selbst heraus erhalten muß. Die Einnahmen des Gutes müssen auf alle Fälle die Ausgaben decken, wenn überhaupt von einem wirtschaftlichen Betriebe gesprochen werden soll. Dessen Grundbesitz wird der Pächter auch gegen sich gelten lassen müssen, und es wird von ihm nichts Unbilliges verlangt werden, wenn die Erhaltung des Gutes zu seinen Lasten gehen soll.

Der Einwendung des Pächters, daß dieser Satz nicht uneingeschränkt Geltung finden könne, wird unter Umständen beizupflichten sein. Es sind Fälle denkbar, wo die Instandhaltung der Baulichkeiten eine zu starke Belastung für die Wirtschaft bedeuten würde. Ein solcher Fall würde z. B. dann vorliegen, wenn der Verpächter zeitweilige keine Reparaturen veranlaßt und insofern die Notwendigkeit großer Instandsetzungsarbeiten verschuldet hat. Weiterhin wird es auch vorkommen, daß durch große Abtrennungen das Gut so klein geworden ist, daß es die Gebäude wirtschaftlich nicht mehr tragen kann. Biersack wird von den Pächtern auch darauf hingewiesen, daß die Erträge aus dem nicht mit verpachteten Wald grundsätzlich mit zur Erhaltung des Gutes herangezogen werden müßten. Dem möchte aber wohl dann nur zugestimmt sein, wenn noch irgendwelche wirtschaftliche Beziehungen zwischen Gut und Wald bestehen, insbesondere wenn wirtschaftliche Leistungen aus dem Gute für den Wald zu erfolgen haben.

Der Grundbesitz, daß sich das Gut selbst erhalten muß, ist leicht durchzuführen, soweit die Übernahme der öffentlichen Abgaben durch den Pächter in Frage kommt. Sie sind feste Größen, die sich ohne weiteres auf den Pächter umlegen lassen. Dagegen bereitet gewisse Schwierigkeiten die Übernahme der Instandhaltungskosten durch den Pächter. Man wird hier in Anbetracht an die Praxis der Mietvermittlungsämter unterscheiden können zwischen laufenden Reparaturen und außerordentlichen Instandsetzungen. Beide hat der Pächter zu tragen, nur soll die Art der Übernahme verschieden sein. Die laufenden Ausbesserungen wird er voll, das ist dem Kapitalbetrage nach, zu bezahlen haben, während er für die außerordentlichen Ausbesserungen nur Beteiligung und Tilgung zu übernehmen hat. Dieser unterschiedlichen Behandlung liegt der Gedanke zugrunde, daß der Ruhen der außerordentlichen Ausbesserungen sich bis zu dem Zeitpunkt, zu dem sie sich wieder notwendig machen werden, also auf eine größere Zahl von Jahren, verteilt. Es wäre deshalb unbillig, den Pächter, in dessen Pachtzeit gerade die außerordentliche Ausbesserung vorgenommen wird, mit dem vollen Kapitalbetrage zum Vorteile seiner Nachfolger zu belasten. Eine bestimmte Tilgungsdauer für außerordentliche Ausbesserungen wird sich bestimmen lassen. So könnte man z. B. für die außerordentlichen Ausbesserungen, die sich zur Erneuerung des Abwages der Stallungen notwendig machen, eine Tilgungsdauer von 20 Jahren ein-

(St.) Der neue Justizminister Dr. Beignet, bisher Landgerichtsrat in Leipzig, wurde am 2. August 1921 durch den Ministerpräsidenten Bud endlich verpflichtet und in sein neues Amt eingeführt.

(N.) Dr. Finanzminister Delbt ist von heute ab bis zum Wiederzusammentritt des Landtags beurlaubt und wird während dieser Zeit vom Ministerpräsidenten Bud vertreten. Es wird gebeten, Briefe nicht persönlichen Inhaltes künftig nicht an die Adresse des Ministers, sondern an die in Frage kommende Abteilung des Finanzministeriums zu senden, da sonst die fraglichen Angelegenheiten unliebsame Verzögerungen erleiden.

(N.) Minister Lipinski hat am 1. August seinen Urlaub angetreten. Er bittet, Briefe nicht persönlichen Inhaltes nicht an seine Adresse, sondern an die entsprechenden zuständigen Stellen zu richten, weil sonst unliebsame Verzögerungen in der Erledigung entstehen.

Einweisung des neuen Amtshauptmanns zu Leipzig.

Am 1. August vormittag wurde im Gebäude der Amtshauptmannschaft der neue Amtshauptmann, Reichstagsabgeordneter Kypfel, durch den Reichshauptmann Lange vor den Beamten und Beamtinnen der Amtshauptmannschaft, Beamten der Bezirksversammlung und Stadarmeen des Bezirks in sein Amt eingewiesen. Der Reichshauptmann führte in längerer Ansprache den neuen Amtshauptmann ein und betonte die besonderen Schwierigkeiten des Amtes. Dann nahm er dem neuen Amtshauptmann den Staatsbeamteneid und den Eid auf die Befassung ab. Im Namen der Bezirksversammlung begrüßte ihn deren Vorsitzender, worauf Kypfel in kurzen Worten erwiderte.

Die Steuerberatungen.

Berlin, 1. August. Die Beratungen des Reichskabinetts über die neuen Steuervorlagen wurden heute nachmittag weitergeführt. Die Reise des Reichsanwalters nach Bremen macht eine Unterbrechung notwendig. Die Beratungen werden am Mittwoch nachmittag wieder aufgenommen werden. Die durch die Presse gehenden Mitteilungen über Einzelheiten und Tendenz der Beratungen des Reichskabinetts beruhen auf Kombination.

Gegen die Brotpreiserhöhung.

Magdeburg, 1. August. Die Kriegerkammer für die Provinz Sachsen wandte sich gegen die beabsichtigte Brotpreiserhöhung. Eine beträchtliche Preiserhöhung würde zur Folge haben, daß weite Kreise der Bevölkerung noch mehr der Unterernährung und ihren üblen Folgen preisgegeben würden. Neue schwere Unruhen und Kämpfe seien zu befürchten. Die Kriegerkammer halte es im Hinblick auf das Allgemeinwohl für geboten, das unbedingt zur Lebenshaltung notwendige tägliche Brot in der bisherigen Preishöhe weiter zu verabsolgen.

Rücktritt des Memeler Präsidenten.

Memel, 1. August. Der Präsident des Landesdirektoriums Altenberg hat, wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, am 23. Juli dem Oberkommissar Petzold sein Rücktrittsgesuch überreicht. Dieser verhandelt zurzeit mit den scheidenden Männern des Memelgebietes über die Reuebesetzung des Präsidiums.

Die Spaltung in Lille.

Lille, 1. August. Die Delegierten der Widerheit des Gewerkschaftskongresses haben eine Entschließung über die Organisation eines Widerheitskongresses angenommen, in der verlangt wird, daß sofort nach der Rückkehr der französischen Delegierten ein Ausschuss ein Kongreß stattfinden, auf dem die Berichte dieser Delegierten vorlesen werden sollen, um einen Gesamtüberblick über die internationale sozialistische Bewegung zu geben. Außerdem beschließen die Delegierten der Widerheit, daß wenn auf Grund der Entscheidungen des Verbandeskongresses eine Widerheitsgewerkschaft vom Verbanden ausgeschlossen werde, die Spaltung der beiden Gruppen endgültig sein solle.